

DER
OBERBÜRGERMEISTERSTADT  MÜNSTERAMT FÜR KINDER
JUGENDLICHE UND
FAMILIEN

Anfrage
zur Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien am 17.09.2008

Thema: Anfrage der CDU-Ratsfraktion zur Beantwortung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien vom 19.06.2008:

Wie kann die geforderte Eltern- und Familienbildung - mit Beteiligung der Familienbildungsstätten in freier Trägerschaft - in den Familienzentren gewährleistet werden?

Mit ihren Kompetenzen und spezifischen Angeboten für die junge Familie, ist die Familienbildung - neben der Familienberatung - ein zentraler Partner für Familienzentren.

Auch die Familienbildungsstätten profitieren von einer gelingenden Kooperation mit den Familienzentren. Ein Nutzen für die Familienbildungsstätten liegt sicherlich in der Akquise neuer Zielgruppen, durch die Möglichkeit, die strukturelle Verankerung der Familienbildung in den Stadtteilen / den Sozialräumen durch die Kooperation mit den Familienzentren zu verbessern. Somit kann die Familienbildung, neben der klassischen „Kommstruktur“, Angebote mit „Gehstruktur“ vorhalten. Insbesondere im Hinblick auf die demografische und gesellschaftliche Entwicklung stellt die Chance, potenziell alle Eltern erreichen zu können, einen wichtigen Aspekt für die Familienbildung dar.

Die vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen für die Familienzentren sind begrenzt. Dieser Sachverhalt verlangt eine kreative und lösungsorientierte Diskussion in alle Richtungen. Es gilt, trotz knapper finanzieller Ressourcen ein qualitativ hochwertiges Angebot in den Familienzentren vorzuhalten. Dies bedarf flexibler Handlungsmodelle, die an Bedarfen ausgerichtet sind und daher auch ggf. zur Abweichung bisheriger Standards führen können. Intensität und Rolle der Familienbildung in der Kooperation mit dem jeweiligen Familienzentrum muss demnach variabel und flexibel gestaltet sein. Während das eine Familienzentrum, auch das in den Familienbildungsstätten vorhandene Know-How im Koordinierungsbereich anfragt, benötigt ein anderes Familienzentrum ausschließlich Kursangebote der Familienbildung.

In unterschiedlichen Gremien wurde und wird von der Verwaltung mit den freien Trägern die Fragestellung bezüglich der geringen finanziellen Ausstattung von Seiten des Landes für die Familienzentren und der Belastung der personellen Ressourcen der freien Träger der Familienförderung diskutiert. Vor diesem Hintergrund unterstützt die Verwaltung die Familienbildungsarbeit in Kindertageseinrichtungen mit zusätzlichen Zuschüssen. So erhalten die Familienbildungsstätten beispielsweise in 2008 ca. 23.600 € für Sprachfördermaßnahmen für Eltern. Darüber hinaus werden Angebote wie „Sure Start“ (insgesamt 78.660 €) und „Elternschule“ (jährlich 17.850 €) zusätzlich zum regulären kommunalen Zuschuss (jährlich 224.568 €) finanziert.

In Planung ist das Angebot von stadtteilbezogenen Präventionsgruppen für junge Mütter und deren Kinder. Hierzu wird die Verwaltung Gespräche mit den Familienbildungsstätten führen. Auch gibt es bereits flexible Handhabungen freier Träger in der Ausgestaltung der Kooperation mit den Familienzentren. Beispielsweise werden (offene) Sprechstunden der Erziehungsberatung in Familienzentren nur bei Belegung auch tatsächlich gehalten. Durch dieses Vorgehen können die positiven Effekte der Kooperation bei gleichzeitiger Ressourcenschonung genutzt werden.

Hier sind auch die Familienbildungsstätten gefordert, alternative Lösungen zu finden, um zu einem Gelingen des fachlich-inhaltlich guten Konzepts „Familienzentrum“ beizutragen. Selbstverständlich bietet die Verwaltung hier ihre fachliche Unterstützung weiterhin an.

Abschließend kann betont werden, dass eine Aufstockung der finanziellen Ressourcen für die Familienzentren seitens des Landes zur Erfüllung des fachlich begründbaren Konzeptes mehr als wünschenswert ist.

Öffentliche **Berichtsvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/0058/2007

Auskunft erteilt:

Herr Dunkel

Ruf:

492 40 80

E-Mail:

DunkelL@stadt-muenster.de

Datum:

15.01.2007

Betrifft

Krisenkompetenz in Schulen

Beratungsfolge

30.01.2007 Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Bericht

Bericht:

Dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung wird ein aktueller Sachstandsbericht über ein Modellprojekt „Krisenkompetenz in Schulen“ vorgelegt.

Bisherige Thematisierung

Ein aktuelles Ereignis in der Ludwig-Erhard-Schule im November 2005 war Anlass für eine mündliche Berichterstattung im Schulausschuss am 22.11.2005 unter der Überschrift „Gewaltprävention - Krisenkompetenz“. Die damaligen, mündlichen Ausführungen, wurden dem Protokoll der Sitzung in schriftlicher Form beigefügt (Anlage).

Definition

Krisen sind Ereignisse, die ein Individuum oder System in einen instabilen Zustand versetzen. Als Krisen werden u. a. Ereignisse wie: Unfälle, Amokläufe, Suizidandrohungen, Suizide, Erpressungen, Todesfälle betrachtet. Krisenkompetenz beinhaltet zum einen, die Instabilität nicht unnötig groß werden zu lassen und zum anderen angemessen schnell und erfolgreich wieder in einen stabilen Zustand zu gelangen.

Hintergrund

Spätestens seit der Tat von Sebastian B. in der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten am 20. November 2006 steht außer Frage, dass die Beschäftigung mit Gewalt und Krisen für Schulen notwendig ist.

Kooperationspartner

Die Idee, eine spezielle Veranstaltung für Schulen anzubieten, um dort die Krisenkompetenz zu stärken, entstand durch Kooperationskontakte zwischen der Schulpsychologischen Beratungsstelle und der Präventionsabteilung des GUVV (Gemeindunfallversicherungsverband) Westfalen-Lippe. Während der konkreten Planung ergaben sich Kontakte zum PSU-Team (PSU = Psycho-Soziale-Unterstützung) der Feuerwehr Münster. Im Team sind: vier Feuerwehrbeamte aus dem feuerwehrtechnischen Dienst, der Feuerwehrseelsorger und die Sozialarbeiterin der innerbetrieblichen Sozialberatung der Stadt Münster. Weiterhin war die Notfallseelsorge des Bistums Münster an diesem Projekt beteiligt.

Krisen in Schulen

Bei Krisen in dem Bereich Schule bietet es sich an, die Schulpsychologie mit einzubeziehen. Sie hat über ihre psychologischen Kenntnisse hinaus spezifische Kenntnisse über das System Schule und konkrete Kenntnisse über eine einzelne Schule.

Seit knapp 10 Jahren ist „Krisenkompetenz“ ein Schwerpunktthema in der Schulpsychologie. Bundesweit und international haben Schulpsychologen theoretische und praktische Kenntnisse entwickelt und diese spätestens seit der Tat von Erfurt im April 2002 auch effektiv in Krisensituationen in Schulen eingebracht. Wenige Tage nach der Tat von Erfurt wurden 10 bayerische Schulpsychologen - zum damaligen Zeitpunkt die am besten ausgebildeten Schulpsychologen für Krisenintervention und -begleitung in Deutschland - dort vor Ort tätig. Für die Nachsorge stellte das Land Thüringen 10 Schulpsychologen für ein Jahr ein.

In NRW hat sich in den letzten Jahren ein landesweites Netzwerk von in Krisenkompetenz qualifizierten Schulpsychologen gebildet. Zwei Mitarbeiter der Stadt Münster sind Teil dieses Netzwerkes.

Krisenkompetenz der einzelnen Schule

Neben der Qualifizierung von Fachleuten ist es wichtig, die Krisenkompetenz einer Schule so gut wie möglich zu entwickeln. Schulen tun dies unterschiedlich und in der Vergangenheit eher nicht explizit. Mit dem Ziel, hier ein stärkeres Bewusstsein und eine transparentere Struktur in einer Schule zu schaffen, hat die Schulpsychologische Beratungsstelle zusammen mit dem GUVV Westfalen-Lippe, dem PSU-Team der Stadt Münster und der Notfallseelsorge des Bistums Münster ein Fortbildungsmodul für Schulen entwickelt.

Projektziel

„Jede Schule soll am Ende der Fortbildung mehr Möglichkeiten entwickelt haben, sicher und kompetent mit Krisen und Notfällen umzugehen.“ (Ankündigungs-Flyer) Dabei ging es neben der Qualifizierung der Teilnehmenden auch um Begleitung und Beratung bei der Implementierung der Krisenkompetenzteams, sowie der Unterstützung beim Aufbau der Netzwerkstrukturen der einzelnen Schulen.

Ausschreibung

In der Planung wurde entschieden, zunächst alle weiterführenden Schulen der Stadt MS anzusprechen und die Fortbildung anzubieten. 10 Schulen meldeten sich für eine Teilnahme.

Teilnehmende

Alle weiterführenden Schulformen sind vertreten

Eine Schulleiterin und 18 Lehrkräfte (u. a. Beratungslehrer/-innen, Sicherheitsbeauftragte)

10 Schulen

- Hauptschulen
Geistschule
Hauptschule Wolbeck
- Realschulen
Johannes-Gutenberg-Realschule
Karl-Wagenfeld-Schule
Paul-Gerhard-Schule
Realschule Wolbeck
- Gymnasien
Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium
Gymnasium Paulinum
- Berufskollegs
Hans-Böckler-Schule
Wilhelm-Emmanuel-von-Ketteler-Schule

Beteiligung der Bezirksregierung

Im Vorfeld der Ausschreibung wurde mit den entsprechenden Dezernenten der Bezirksregierung Kontakt aufgenommen und das Vorhaben erläutert. Alle Dezernenten bekundeten ihre positive Unterstützung für die Qualifizierungsmaßnahme. Am 18.1.2006 wurde die Bezirksregierung ausführlich über die Veranstaltung informiert.

Inhalte der Fortbildung

- Sicherheitskonzepte der eigenen Schule analysieren und erweitern
- Erfahrungsaustausch und Netzwerkbildung der Schulen untereinander
- Persönliche und schulische Grenzen in Notfallsituationen bewusst machen und für den Selbstschutz als Krisenhelfer sorgen lernen
- Einen Kriseninterventionsplan und „Notfallkoffer“ für die eigene Schule entwickeln
- Ergebnisse aus der Trauma-Forschung und Notfallpsychologie kennen lernen
- Die Wahrnehmung für bedrohliche Situationen und Signale stärken
- Krisenpräventive Elemente identifizieren und installieren

Zeitplan

Die Fortbildungsmodulare liefen von April 2005 bis September 2006.

- | | |
|-----------------|---|
| I. 12.05.2005 | Eigene Erfahrung
Erwartungen
Begriffsklärungen |
| II. 01.06.2005 | Trauer/Krisenphasen
FNV-Modell (F = Fürsorge, N = Nachsorge, V = Vorsorge)
Fallbeispiel
Krisenmanagement |
| III. 07.09.2005 | Frühwarnzeichen
GCI-Modell (Group Crisis Intervention)
Bildung von Krisenteams |
| IV. 19.10.2005 | Checkliste zu psychologischer erster Hilfe
Eigene Analyse
Netzwerkbildung |

Danach hatten die Teilnehmenden Zeit, das Thema „Krisenkompetenz“ in ihrer jeweiligen Schule zu besprechen und weiterzuentwickeln. Zur Unterstützung wurden zwei Folgetermine eingerichtet.

- | | |
|----------------|--|
| V. 08.03.2006 | Erfahrungsaustausch
Krisenplan erstellen
Psychohygiene |
| VI. 17.05.2006 | Etablierung des Krisenteams
Netzwerkausbildung |

Nachfolgend wurde ein Gespräch in jeder Schule mit den Teilnehmenden der Fortbildung und weiteren Personen in der Schule, vor allem der Schulleitung geführt, um die Umsetzung der Fortbildung für die Schule zu besprechen.

Evaluation

Eine Evaluation wurde durch die WWU (Westfälische Wilhelms Universität) durchgeführt und erstellt. Von den Teilnehmenden wurden erfragt:

- Relevanz der Fortbildungsinhalte
- Klima in der Gruppe
- Persönliches Erleben
- Wissen über Krisen
- Einschätzung und Wirkung von Krisen
- Umgang mit Krisen
- Vernetzung mit externen Partnern

Ergebnisse der Evaluation

- Zum großen Teil waren die Inhalte der Fortbildung neu und für die Arbeit an der Schule relevant
- Das Klima in der Fortbildungsgruppe wurde als sehr positiv erlebt
- In Abhängigkeit des Themas werden gute persönliche Erfahrungen gemacht
- Situationen, die von Lehrkräften als nicht kontrollierbar wahrgenommen werden, sind stark belastend (z.B. Suizid und Suizidabsichten)
- Die Erweiterung der Krisenkompetenz hilft in Krisen sicherer zu reagieren
- Unterstützungssysteme für Schulen sind bekannt und würden im Krisenfall angesprochen werden
- Alle Schulen planen den Aufbau von Krisenkompetenzteams
- Bei von Krisen betroffenen Schulen (Beispiel: Tod eines Schülers) kam es zur Verbesserung der Krisenbearbeitung

Präventionsangebote für Schulen

Das hier vorgestellte Projekt steht nicht für sich allein und ist im Zusammenhang mit anderen Angeboten zu sehen. Mit dem Titel „Gewaltprävention - Krisenkompetenz“ wurde dem Schulausschuss am 22.11.2005 berichtet. Die schriftliche Form ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt. Die dort dargestellten Angebote für Schulen haben im Wesentlichen heute noch Gültigkeit

Ausblick

Die beteiligten Kooperationspartner bewerten dieses Pilotprojekt als erfolgreich. Das Projektziel „Jede Schule soll am Ende der Fortbildung mehr Möglichkeiten entwickelt haben, sicher und kompetent mit Krisen und Notfällen umzugehen“ wurde erreicht. Die Schulen, die teilgenommen haben, werden zukünftig weiter betreut. Nach Prüfung des Vorhandenseins der notwendigen Ressourcen kann allen weiterführenden, sowie Grund- und Förderschulen, ein neues Fortbildungsangebot gemacht werden.

gez.

Dr. Andrea Hanke
Stadträtin

ANLAGEN

Flyer
Presstext
Präsentation
Prävention